

Beklagter: Königreich Schweden (Prozessbevollmächtigte: A. Falk und K. Wistrand)

Streithelfer zur Unterstützung des Beklagten: Republik Litauen (Prozessbevollmächtigter: D. Kriauciūnas), Republik Ungarn (Prozessbevollmächtigte: J. Fazekas, K. Szíjjártó und M. Fehér), Republik Finnland (Prozessbevollmächtigte: A. Guimaraes-Purokoski und J. Heliskoski)

Gegenstand

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Verstoß gegen Art. 307 Abs. 2 EG — Nichterlass der Maßnahmen, die erforderlich sind, um Unvereinbarkeiten zwischen vor dem Beitritt des Mitgliedstaats zu den Europäischen Gemeinschaften mit Drittstaaten geschlossenen Übereinkünften und dem EG-Vertrag zu beheben — Bilaterale Investitionsabkommen des Königreichs Schweden mit der Sozialistischen Republik Vietnam und 16 weiteren Ländern

Tenor

1. Das Königreich Schweden hat dadurch gegen seine Verpflichtungen aus Art. 307 Abs. 2 EG verstoßen, dass es nicht die geeigneten Mittel angewandt hat, um Unvereinbarkeiten in Bezug auf die Bestimmungen über den Transfer von Kapital zu beheben, die in den Investitionsabkommen mit der Argentinischen Republik, der Republik Bolivien, der Republik Côte d'Ivoire, der Arabischen Republik Ägypten, Hong Kong, der Republik Indonesien, der Volksrepublik China, der Republik Madagaskar, Malaysia, der Islamischen Republik Pakistan, der Republik Peru, der Republik Senegal, der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka, der Tunesischen Republik, der Sozialistischen Republik Vietnam, der Republik Jemen und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien enthalten sind.
2. Das Königreich Schweden trägt die Kosten.
3. Die Republik Litauen, die Republik Ungarn und die Republik Finnland tragen ihre eigenen Kosten.

(¹) ABl. C 178 vom 29.7.2006.

Urteil des Gerichtshofs (Erste Kammer) vom 5. März 2009 — Kommission der Europäischen Gemeinschaften/Königreich Spanien

(Rechtssache C-88/07) (¹)

(Art. 28 EG und 30 EG — Freier Warenverkehr — Richtlinie 2001/83/EG — Erzeugnisse auf der Basis von Arzneipflanzen — Erzeugnisse, die als Arzneimittel eingestuft werden — Erzeugnisse, die in anderen Mitgliedstaaten rechtmäßig als Nahrungsergänzungsmittel oder diätetische Erzeugnisse hergestellt oder auf den Markt gebracht worden sind — Begriff des Arzneimittels — Genehmigung für das Inverkehrbringen — Beschränkung — Rechtfertigung — Gesundheit der Bevölkerung — Verbraucherschutz — Verhältnismäßigkeit — Entscheidung Nr. 3052/95/EG — Verfahren der gegenseitigen Unterrichtung über einzelstaatliche Maßnahmen, die vom Grundsatz des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft abweichen)

(2009/C 102/04)

Verfahrenssprache: Spanisch

Parteien

Klägerin: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Prozessbevollmächtigte: S. Pardo Quintillán und A. Alcover San Pedro)

Beklagter: Königreich Spanien (Prozessbevollmächtigter: J. Rodríguez Cárcamo)

Gegenstand

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Verstoß gegen Art. 28 EG und Art. 30 EG — Verstoß gegen Art. 1 und 4 der Entscheidung Nr. 3052/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1995 zur Einführung eines Verfahrens der gegenseitigen Unterrichtung über einzelstaatliche Maßnahmen, die vom Grundsatz des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft abweichen (ABl. L 321, S. 1)

Tenor

1. Das Königreich Spanien hat dadurch gegen seine Verpflichtungen aus den Art. 28 EG und 30 EG sowie aus den Art. 1 und 4 der Entscheidung Nr. 3052/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1995 zur Einführung eines Verfahrens der gegenseitigen Unterrichtung über einzelstaatliche Maßnahmen, die vom Grundsatz des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft abweichen, verstoßen, dass es

- auf der Basis von Arzneipflanzen hergestellte Erzeugnisse, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellt und/oder auf den Markt gebracht worden sind, aufgrund einer Verwaltungspraxis vom Markt genommen hat, der zufolge jedes Erzeugnis, das Arzneipflanzen enthält, die weder im Anhang der Ministerialverordnung zur Schaffung eines speziellen Registers für Zubereitungen auf der Basis von Arzneipflanzen (Orden Ministerial por la que se establece el registro especial para preparados a base de especies vegetales medicinales) vom 3. Oktober 1973 in ihrer geänderten Fassung noch im Anhang der Verordnung SCO/190/2004 des Ministeriums für Gesundheit und Verbraucherschutz zur Erstellung der Liste der Pflanzen, deren öffentlicher Verkauf aufgrund ihrer Giftigkeit verboten oder beschränkt ist (Orden SCO/190/2004 por la que se establece la lista de plantas cuya venta al público queda prohibida o restringida por razón de su toxicidad) vom 28. Januar 2004 aufgeführt sind, und das keine Zubereitung ist, die ausschließlich aus einer oder mehreren Arzneipflanzen, ganzen Teilen, Stücken oder Pulvern hieraus besteht, vom Markt genommen wird, weil es als Arzneimittel angesehen wird, das ohne die vorgeschriebene Genehmigung für das Inverkehrbringen auf den Markt gebracht wird,
- und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften über diese Maßnahme nicht in Kenntnis gesetzt hat.

2. Das Königreich Spanien trägt die Kosten.

(¹) ABl. C 95 vom 28.4.2007.

Urteil des Gerichtshofs (Zweite Kammer) vom 5. März 2009 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Supremo — Spanien) — Unión de Televisiones Comerciales Asociadas (UTECA) / Administración General del Estado

(Rechtssache C-222/07) (¹)

(Vorabentscheidungsersuchen — Art. 12 EG — Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit — Art. 39 EG, 43 EG, 49 EG und 56 EG — Durch den EG-Vertrag verbürgte Grundfreiheiten — Art. 87 EG — Staatliche Beihilfe — Richtlinie 89/552/EWG — Ausübung der Fernsehaktivität — Verpflichtung von Fernsehveranstaltern, einen Teil ihrer Betriebseinnahmen auf die Vorfinanzierung von europäischen Spiel- und Fernsehfilmen zu verwenden, wobei 60 % dieser Finanzierung für die Produktion von Werken bestimmt sind, deren Originalsprache eine der Amtssprachen des Königreichs Spanien ist und die mehrheitlich von der spanischen Filmindustrie produziert werden)

(2009/C 102/05)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Supremo

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Unión de Televisiones Comerciales Asociadas (UTECA)

Beklagter: Administración General del Estado

Beteiligte: Federación de Asociaciones de Productores Audiovisuales, Radiotelevisión Española (RTVE), Entidad de Gestión de Derechos de los Productores Audiovisuales (Egeda)

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Supremo (Spanien) — Auslegung der Art. 12 EG und 87 Abs. 3 EG sowie des Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität ABl. L 298, S. 23) — Verpflichtung von Fernsehveranstaltern, einen Vomhundertsatz ihres Betriebsergebnisses für die Vorabfinanzierung von europäischen Spiel- und Fernsehfilmen zu verwenden, wobei 60 v. H. dieser Finanzierung Werken in spanischer Originalsprache vorbehalten ist, die mehrheitlich von der spanischen Filmindustrie produziert werden

Tenor

1. Die Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität in der durch die Richtlinie 97/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 1997 geänderten Fassung, insbesondere ihr Art. 3, und Art. 12 EG sind dahin auszulegen, dass sie einer Maßnahme eines Mitgliedstaats wie der im Ausgangsverfahren fraglichen nicht entgegenstehen, mit der Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 5 % ihrer Betriebseinnahmen auf die Vorfinanzierung europäischer Spiel- und Fernsehfilme und davon wiederum 60 % auf Werke, deren Originalsprache eine der Amtssprachen dieses Mitgliedstaats ist, zu verwenden.
2. Art. 87 EG ist dahin auszulegen, dass eine Maßnahme eines Mitgliedstaats wie die im Ausgangsverfahren fragliche, mit der Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 5 % ihrer Betriebseinnahmen auf die Vorfinanzierung europäischer Spiel- und Fernsehfilme und davon wiederum 60 % auf Werke, deren Originalsprache eine der Amtssprachen dieses Mitgliedstaats ist, zu verwenden, keine staatliche Beihilfe zugunsten der Filmindustrie dieses Mitgliedstaats darstellt.

(¹) ABl. C 155 vom 7.7.2007.